

---

# NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Kreisausschuss

am 26.01.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

## Stimmberechtigte Mitglieder

### Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla  
Brigitte Cziehso  
Hartmut Ganzke  
Wolfgang Kerak  
Heinz Steffen  
Martin Wiggermann  
Christina Zubrytzki  
Wolfgang Barrenbrügge  
Günter Bremerich  
Jörg-Uwe Ebner  
Wilhelm Jasperneite  
Elsbeth Kiel  
Rotraud Niemann  
Ursula Sopora  
Herbert Goldmann  
Andrea Hosang  
Sigurd Senkel  
Theodor Rieke

### Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann  
Herr Dr. Timpe, Dez. II

### Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion  
Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion

Herr Sparbrod, Dez. III  
Herr Dr. Schiebold, L KfP  
Herr Göpfert, Büro Landrat  
Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion  
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.  
Herr Weber, Geschäftsführer der GWA  
interessierte Bürgerinnen und Bürger  
Vertreter der Presse  
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

004/09

Ersatzwahl

#### **Punkt 2**

165/08

Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU)

#### **Punkt 3**

200/08

Direktvergabe von Personenverkehrsdiensten an die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)  
- Grundsatzbeschluss

#### **Punkt 4**

194/08

Investitionssprogramm „Schulen mit Zukunft“ 2009 – 2015;  
- Grundsatzbeschluss -

#### **Punkt 5**

192/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

#### **Punkt 6**

Haushalt 2009

**Punkt 6.1**

003/09

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

**Punkt 6.2**

180-1/08

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

**Punkt 6.3**

181/08

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

**Punkt 7**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Nicht öffentlicher Teil**

**Punkt 8**

199/08

Grunderwerb in Selm zum Zwecke des Naturschutzes

**Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Öffentlicher Teil**

**Punkt 1**

004/09

Ersatzwahl

**Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag wählt Herrn Helmut Krause als ordentliches Mitglied in den Wahlausschuss.

**Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 2**

165/08

Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU)

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass neben der Sitzungsvorlage der Verwaltung zwischenzeitlich ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vorliege.

Herr Jasperneite erklärt auf entsprechende Frage von Herrn Landrat Makiolla, dass die CDU-Fraktion derzeit einen detaillierten Antrag vorbereite, der rechtzeitig vor der Kreistagssitzung schriftlich vorgelegt werde. Die Zielvorgabe sei aber, in der Sitzung der Gesamtvorlage zuzustimmen.

Frau Cziehso erinnert die Ausschussmitglieder noch einmal an die in der vorigen Kreistagssitzung getroffene Vereinbarung, in der morgigen Sitzung einen Beschluss zu diesem Thema zu fassen. Anschließend erläutert sie kurz den Ergänzungsantrag ihrer Fraktion.

Angesichts der verschiedenen Anträge wird auf eine Abstimmung im Kreisausschuss verzichtet.

## **Punkt 3**

200/08

Direktvergabe von Personenverkehrsdiensten an die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)  
- Grundsatzbeschluss

### **Erörterung**

Herr Bremerich stellt fest, dass im Jahre 2002 durch diverse Beschlüsse auf die veränderte europäische Rechtslage reagiert worden sei. Inzwischen gebe es Rechtssicherheit, dass Verkehrsdienstleistungen nicht nur im Wettbewerb sondern auch direkt vergeben werden könnten. In der Zwischenzeit sei es angestrebt worden, den öffentlichen Personennahverkehr im Kreis Unna zu neu gestalten mit dem Ziel einer guten Qualität des ÖPNV und dies zu einem möglichst günstigen Preis. Man sei es den Bürgern und auch dem Kreishaushalt schuldig, die im ÖPNV zwangsläufig anfallenden Defizite so gering wie möglich zu halten. Da mit der aktuellen Vorlage der VKU die Verkehrsdienstleistungen zukünftig übertragen werden sollten ohne aber andere Wege zu prüfen, werde die CDU-Fraktion einer solchen Vorlage nicht zustimmen.

Frau Cziehso berichtet, dass sich der Ausschuss für Planung und Verkehr bereits im Sommer 2007 intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Der Ausschuss habe seinerzeit eine Kurzexpertise zur Umstrukturierung der WVG und des Öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Unna zur Kenntnis genommen und beschlossen, den Landrat ausdrücklich in seinem Vorgehen zu unterstützen. Dort sei klar die Intention zu

erkennen gewesen, wenn möglich eine Direktvergabe der Verkehrsdienstleistung an die VKU vorzunehmen. Nach der europäischen Rechtslage sei dies unter bestimmten Voraussetzungen, die man bereits erfülle, jetzt möglich. Die derzeit noch fehlende Umstrukturierung in der Gesellschaft selbst solle durch die Vorlage eingeleitet werden. Zur VKU selbst sei festzustellen, so Frau Cziehso weiter, dass das Unternehmen mit seinen 220 Mitarbeitern im Kreis Unna der Name für den Öffentlichen Personennahverkehr sei. Sie wolle nur an die Servicezentrale fahrtwind, die jugendlichen Busguides und auch das Sozialticket erinnern; dies alles habe der Kreis mit der VKU und deren Know-How gestemmt. Wenn man ÖPNV von hoher Qualität anbieten und neben der reinen Fahrleistung auch andere Dinge wie Beratung und Service gewährleisten wolle, dann müsse man sich die Frage stellen, mit wem man dies am besten erreichen könne. Deshalb werde die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Herr Jasperneite betont, es gehe der CDU-Fraktion nicht um eine kategorische Ablehnung der Vorlage. Unabhängig von der Beauftragung sollte man vor einer endgültigen Festlegung aber die interne Organisation der VKU in der derzeitigen Form überprüfen. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass es im kommenden Jahr eine komplett neue Geschäftsführung geben werde, müsse man auch über andere interne Organisationsstrukturen oder mögliche andere Betriebsführungsmodelle diskutieren. Aus diesem Grunde bitte er um eine Vertagung des Themas.

Frau Cziehso kritisiert, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, CDU und FDP seien gegen eine Direktvergabe der Verkehrsdienstleistungen. Insofern stelle sich ihr die Frage nach dem Zweck einer solchen Verschiebung. Sie weist darauf hin, dass sich der Kreis mit seinem Vorschlag in einer großen Gemeinschaft von insgesamt sieben Kreisen befinde, von denen der letzte Kreistag am 2. April entscheide. Da sich der Kreis Unna hier mit einreihen sollte, werde die SPD-Fraktion eine Verschiebung nicht mittragen.

Herr Goldmann erinnert daran, dass die Strukturkommission VKU mit der Intention eingerichtet worden sei, die VKU wettbewerbsfähig zu machen und sie dauerhaft mit Leben zu erfüllen. Man habe in den vergangenen Jahren große Anstrengungen in dieser Richtung unternommen und aus Sicht seiner Fraktion seien diese internen Umstrukturierungsprozesse durchaus erfolgreich gewesen. Wie bereits im Ausschuss für Planung und Verkehr mitgeteilt unterstütze seine Fraktion eine Direktvergabe der Verkehrsleistungen. Allerdings sei festzuhalten, dass die jüngste Sitzung der Strukturkommission am 13.01.2009, also vor wenigen Tagen, stattgefunden habe. Davor habe das Gremium letztmalig im April 2007 getagt. Insofern könne er den Ansatz der CDU-Fraktion durchaus nachvollziehen und einer Verschiebung zustimmen. Es sollte den parlamentarischen Geflogenheiten entsprechen, einem solchen Ansinnen einer Kreistagsfraktion zu Rechnung zu tragen.

Herr Jasperneite stellt klar, dass es seiner Fraktion keinesfalls um den Verkauf der VKU gehe; es gehe der CDU vielmehr um eine Diskussion über intern veränderte Strukturen.

Für die FDP-Fraktion betont Herr Senkel, dass die Diskussionen im Jahr 2002 dahin gegangen seien, die VKU wettbewerbsfähig für Europa zu machen. Es sei dabei nie um einen Verkauf oder eine Privatisierung der VKU gegangen. Er habe den Eindruck, man wolle bestimmte Dinge festzurren und die eigenen Gesellschaften vor Europa zu schützen. Dabei dürfe man nicht verkennen, dass die besten Ergebnisse im

Wettbewerb erfolgen würden.

Herr Landrat Makiolla weist Herrn Senkel darauf hin, dass es sich hier um ein Missverständnis handeln müsse. Keinesfalls wolle man die VKU vor Europa schützen; im Gegenteil diene die Vorlage dazu, die Strukturen der VKU an europäische Rechtsnormen anzupassen und damit auf Europa vorzubereiten.

Herr Dr. Schiebold bittet die Ausschussmitglieder noch einmal, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Er verweist diesbezüglich auf die Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr im Mai 2008, in der deutlich geworden sei, dass der Ausschuss den Landrat in seinem Vorgehen unterstütze. Und dabei sei es um die Inhouse-Vergabe gegangen. Auf dieses Unternehmensmodell hätten sich danach alle sieben beteiligten Kreise verabredet. Aktuell stelle sich bei der VKU das Problem, dass in diesem Jahr elf Konzessionsrechte, die das heimische Verkehrsunternehmen derzeit besitze, neu zu vergeben seien. Gleiches gelte auch für das Jahr 2010. Die VKU laufe Gefahr, im laufenden Genehmigungswettbewerb diese Konzessionen zu verlieren. Das mache deutlich, dass jeder Tag, der ohne Entscheidung vergehe, eine Gefahr für die weitere Existenz der VKU darstelle. Auf Nachfrage von Herrn Jasperneite erklärt er, dass diese Konzessionen zwischen April und Dezember fällig würden. Gerade die ersten frei werdenden Konzessionen würden beispielsweise den gesamten Bereich Werne betreffen, so dass es naheliegend sei, dass ein Mitbewerber sich die kompletten Konzessionsrechte sichern wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Goldmann erklärt Herr Landrat Makiolla, dass man die Vorlage nicht eher habe erstellen können, da das Rechtsgutachten erst Anfang 2009 fertig geworden sei. Danach sei unmittelbar die Sitzung der Strukturkommission einberufen worden. Allerdings habe Herr Dr. Schiebold in seinem Auftrag bereits im vorigen Jahr in den Fraktionen über den Sachstand berichtet. Zusammen mit Herrn Dr. Schiebold habe er selbst den CDU-Fraktionsvorsitzenden informiert, so dass er die Argumentation der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen könne. Er biete aber an, verwaltungsseitig in den Fraktionen mit Beratungsbedarf noch vor der Sitzung des Kreistages offene Fragen zu beantworten.

Nach kurzer Diskussion wird auf Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla mit Blick auf den vorhandenen Beratungsbedarf auf eine Abstimmung im Kreisausschuss verzichtet.

#### **Punkt 4**

194/08

Investitionsprogramm „Schulen mit Zukunft“ 2009 – 2015;

- Grundsatzbeschluss -

#### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass in der Sitzung des Bau- und Technikausschusses der Beschlussvorschlag um einen Zusatz ergänzt wurde, der wie folgt lautet: Jede einzelne Maßnahme ist zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen (Grundsatzbeschluss):

1. Der Kreis Unna saniert im Rahmen eines mehrjährigen Programms die Schulen in seiner Trägerschaft. Mit diesem Sanierungsprogramm sollen die Qualität der schulischen Angebote der Berufskollegs und der Förderschulen langfristig gesichert und die aktuell hohen Gebäudebetriebskosten nachhaltig gesenkt werden.
2. Das Sanierungsprogramm wird in den Jahren 2009 – 2015 durchgeführt. Bei der Realisierung soll das regionale Bauhandwerk so weit wie möglich berücksichtigt werden.
3. Für das Sanierungsprogramm werden finanzielle Mittel bis zu 28,0 Mio € bereitgestellt.  
Die Mittel aus der jährlichen Landeszuweisung der Bildungspauschale werden im Zeitraum 2010-2015 mindestens zur Hälfte investiv im Rahmen dieses Programms eingesetzt. Soweit darüber hinaus Investitionen nicht durch staatliche Förderprogramme gedeckt werden können, sondern durch Darlehen zu finanzieren sind, sollen die resultierenden jährlichen Finanzierungsbelastungen kurz- und mittelfristig im Wesentlichen durch Betriebskostenentlastungen, vor allem bei Energieverbrauch und Bauunterhaltung aufgefangen werden.
4. Zum Programmfortschritt einschl. der finanziellen Auswirkungen wird dem Kreistag unabhängig von Ausführungsbeschlüssen, Haushalt und Jahresabschluss jährlich ein gesonderter zusammenfassender Bericht gegeben.
5. Jede einzelne Maßnahme ist zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

#### **Punkt 5**

192/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

#### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass es neben dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einen Ergänzungsantrag der CDU gebe. Danach sollten die Aufgaben der ADU von der Kreisverwaltung übernommen werden. Insbesondere mit Blick auf diesen Antrag schlage er eine Vertagung der Beschlussfassung vor, da er erhebliche rechtliche Bedenken gegen eine solche Beschlussfassung hätte. Diese Bedenken wolle er zunächst klären lassen, wobei er nicht behaupten wolle, dass diese Übernahme nicht möglich sei. Das juristische Problem ergebe sich dabei aus seiner Funktion als Chef der Kreispolizeibehörde. Er könne derzeit die Probleme nicht abschätzen, wenn er neben dieser Funktion als Polizeichef gleichzeitig Vorgesetzter derjenigen Mitarbeiter der Kreisverwaltung sei, die Menschen beraten und betreuen würden, die illegale Drogen konsumierten. Der gleiche Interessengegensatz gelte auch für

Herrn Gutzeit, der bei der Kreispolizeibehörde Abteilungsleiter VL und zudem Leiter der Zentralen Dienste bei der Kreisverwaltung sei. Aus diesem Grunde wolle er eine entsprechende Rechtsauskunft beim Innenministerium des Landes NRW als Dienstvorgesetzten einholen, bevor eine Beschlussfassung erfolge. Herr Landrat Makiolla gibt zudem zu bedenken, dass die Akzeptanz der Drogenberatung bei Konsumenten von illegalen Drogen durchaus leiden könne, wenn der Chef der Drogenberatung gleichzeitig Chef der Polizei sei.

Herr Goldmann kritisiert, dass man inzwischen einen fünfjährigen Diskussions-, Meinungs- und Willensbildungsprozess hinter sich gebracht habe. Zumindest eine Anzahl der Fragen, die einer rechtlichen Überprüfung bedürften, hätte man schon im Vorfeld – auch mit der Aufsichtsbehörde - abklären können. Es wäre angemessen, eine solche langjährige Diskussion endlich zu einem Abschluss zu bringen. Auch sei der Inhalt des CDU-Antrages in der Vorlage als eine der möglichen Optionen dargestellt worden. Zur Klärung der rechtlichen Fragen werde seine Fraktion der Vertagung aber zustimmen.

Herr Jasperneite zeigt sich verwundert über den Vorschlag des Landrates. Schließlich sei nach fünfjähriger Diskussion in der Verwaltungsvorlage die Übernahme der Aufgaben der ADU durch den Kreis als eine mögliche Variante genannt worden. Wenn diese Rechtsauffassung so gravierend gewesen wäre, hätte er erwartet, sie entsprechend in den Ausführungen zu der Variante zu finden. Er habe den Eindruck, dass man neue Hemmnisse einbauen würde, wenn die Parlamentarier nicht so funktionieren würden wie gewünscht. Trotzdem werde man selbstverständlich dem Vorschlag des Landrates folgen.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass diese Variante von der Kreisverwaltung nicht bevorzugt werde. Es ergebe sich auch eindeutig aus der Vorlage, dass die inhaltliche Ausgestaltung der Arbeit und auch die inhaltlich-rechtliche Situation noch gar nicht geprüft sei. Außerdem sei es nicht so, dass hier eine Aufgabe übernommen werde, die man früher bereits wahrgenommen hätte. Die ADU sei vor über 25 Jahren gegründet worden, um die Menschen zu betreuen, die illegale Drogen konsumierten.

Nach kurzer Diskussion über die ständigen Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung weist Herr Landrat Makiolla den Vorwurf einer möglichen Hinhaltetaktik durch die Verwaltung entschieden zurück. Zum einen hätten sich in dieser Zeit gesetzliche Vorgaben z. B. im Versorgungsrecht verändert, zum anderen hätten sich die politischen Fraktionen im Rahmen des Diskussionsprozesses in dieser Zeit auch nicht auf bestimmte Wege und Modelle einigen können. Dies alles könne man der Kreisverwaltung nicht vorhalten. Natürlich handele es sich bei der Drogenberatung um eine Pflichtaufgabe des Kreises, bei der Umsetzung gebe es aber verschiedene Möglichkeiten. Er habe auch als früherer Sozialdezernent immer die Überzeugung vertreten, dass Drogenberatung für Menschen, die illegale Drogen konsumieren würden, nicht von einer Behörde wahrgenommen werden könne. Aus diesem Verständnis habe die Kreisverwaltung dieses Modell auch nicht näher geprüft.

Herr Wiggermann erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vertagung zustimme. Gleichzeitig schlägt er vor, für dieses Thema eine „deadline“ zu setzen. Zum nächsten Ausschuss solle man sich mit den neuen Informationen noch einmal beschäftigen und in der anschließenden Kreistagssitzung einen endgültigen Beschluss fassen.

Der Kreisausschuss verzichtet auf eine Abstimmung und spricht sich einstimmig für eine Vertagung aus.

## **Punkt 6**

Haushalt 2009

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die Verwaltung noch eine weitere Ergänzung der Haushaltsvorlage (180-2/09) erstellt habe, die den Ausschussmitgliedern zwischenzeitlich vorliegen sollte. Er habe diese Vorlage den Fraktionsvorsitzenden bereits in einem Gespräch erläutert, und die Verwaltung sei gerne bereit, im Vorfeld der Kreistagssitzung in den Fraktionen über den Inhalt der Vorlage zu informieren und offene Fragen zu beantworten. Die Diskussion der vergangenen Wochen insbesondere mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden habe ihm die schwierige Situation vor Ort noch einmal deutlich gemacht. Leider sei es ihm nicht möglich, dem Kreistag zusätzliche seriöse Einsparpotenziale zu präsentieren, die zu einer weiteren Senkung der Kreisumlage unter 44,448 v.H. führen könnten. Deswegen habe er heute ein Gespräch mit dem Regierungspräsidenten in Arnberg geführt, um mit ihm die finanzielle Situation zu erörtern. Dabei habe der Regierungspräsident seinem Vorschlag nicht negativ gegenüber gestanden. Er bitte um Verständnis, dass er die aktuelle Ergänzungsvorlage erst nach diesem Gespräch mit der Kommunalaufsicht auf den Weg habe bringen können. Anschließend erläutert Herr Landrat Makiolla die Vorlage und macht noch einmal deutlich, dass es sich aus seiner Sicht um ein transparentes und ehrliches Vorgehen handele, dass alle Kreistagsmitglieder verbindlich in die Pflicht nehmen würde, noch in diesem Jahr die Konsolidierung des Haushaltes in Angriff zu nehmen. Er bitte deshalb die Fraktionen, konstruktiv über diesen kurzfristig vorgelegten Vorschlag zu diskutieren und morgen möglichst zu einer entsprechenden Beschlussfassung zu kommen.

Auf Anregung von Herrn Jasperneite wird vereinbart, dass Herr Sparbrod als zuständiger Dezernent vor der Kreistagssitzung noch ein Gespräch mit Frau Sopora wegen des CDU-Antrages zur Festsetzung der differenzierten Kreisumlage führen und dort die aktuellen Zahlen vorlegen solle. Gegebenenfalls werde der Antrag aufgrund der neuen Entwicklung im Jugendhilfebereich dann noch zurückgezogen.

### **Punkt 6.1**

003/09

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

### **Punkt 6.2**

180-1/08

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

### **Punkt 6.3**

181/08

**Punkt 7**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Kreativwettbewerb für Grundschulen**

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass der Kreis Unna gemeinsam mit dem Schulamt für den Kreis Unna einen Kreativwettbewerb für Grundschul Kinder durchführen wolle. Es seien alle Kinder der Grund- und Förderschulen eingeladen, ihre Ideen und Vorstellungen zum Kreis Unna künstlerisch umzusetzen. Der entsprechende Wettbewerbsflyer werde den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

---

**Nicht öffentlicher Teil**

**Punkt 8**

199/08

Grunderwerb in Selm zum Zwecke des Naturschutzes

**Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.30 Uhr

Makiolla  
Vorsitzender

Waßen  
Schriftführerin